



Von Turm zu Turm
Schmidt-Wittmack (r.) in Weimar*

der Menschheit möglich.“ Und im Gegensatz zu der alten Theorie vom „fortschrittlichen Christentum“ als bürgerlichem Wurmfortsatz des „Sozialismus“ verkündete Otto Nuschke die neueste taktische Sowjet-Lesart, auf die Jakob Kaiser beispielsweise 1947 vergeblich gehofft hatte:

„Es gibt keine Synthese zwischen Marxismus und Christentum, keinen Kompromiß. Aber es gibt viele Berührungspunkte in dem Ziel, gemeinsam ein besseres Leben zu schaffen, und in der Frage des Friedens.“

BERLIN

Akten aus dem Busch

Am frühen Morgen des 15. September, einen Tag vor der John-Wittmack-Debatte des Bundestags, erschien auf dem Polizeirevier 106 des Berliner Bezirks Kreuzberg eine Dame, die einen Stoß Papiere abgeben wollte. Sie hatte die Papiere unter einem Gebüsch des Böckler-Parks gefunden. Dieser kleine Park liegt in Berlins Stadtkern, nur etwa 800 Meter von der Grenze zum Sowjetsektor entfernt. Unter den gefundenen Papieren, stellte die Polizei fest, waren geheime Akten des Berliner Senats.

So lag es nahe, daß die ersten Vermutungen darauf hinausliefen, die Akten aus dem Busch entstammten einem „Briefkasten“, wie ihn Geheimdienste zur Weitergabe von Nachrichten benutzen, und seien entweder vom Osten nicht abgeholt oder von dort nach Kopie wieder an den Treffplatz zurückgebracht worden.

Am Nachmittag des gleichen Tages ging die Senatssekretärin Dora Menzel, 46, Verwaltungsinspektorin in der Senatsverwaltung für Bundesangelegenheiten — sie war bis 14 Uhr im Dienst gewesen — zu ihrem Polizeirevier. Dort meldete sie den Verlust von Dienstaten. Sie habe diese Akten in ihrem Topolino-Wagen**

* Links der Generalsekretär der Ost-CDU, Gerald Götting.

nachts in einem Koffer vor ihrem Haus in der menschenleeren Wilmsstraße, nahe am Böckler-Park und nahe der Sektorengrenze, liegen lassen. Da die Polizei keine Spuren von Gewalt am Schloß der Autotür feststellen konnte, hatte Fräulein Menzel offensichtlich auch vergessen, den Wagen abzuschließen.

So war der Koffer aus dem Topolino möglicherweise gestohlen worden, und der Dieb hatte sich dann der ihm wertlosen Akten im Böckler-Park entledigt, ohne zu ahnen, daß er damit in Ostberlin gute Geschäfte hätte machen können.

Mit einer so simplen Erklärung war die Berliner Kriminalpolizei, die wegen des Falles John manche Kritik hatte ertragen müssen, allerdings nicht zufrieden. Am selben Abend noch übernahm der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Sangmeister, den Vorsitz einer Sonderkommission. Beamte der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts wurden angefordert.

Die SED ist nämlich zusammen mit dem Staatssicherheitsdienst seit verganginem November bemüht, durch Anwerbung von Verbindungsleuten und Einschleusung eigener Agenten in Westberliner Senatsstellen einzudringen. Von der Potsdamer SSD-Bezirksdienststelle, die einen wesentlichen Teil der Westberliner Arbeit leitet, wurden bereits um die Jahreswende Monatsprämien bis zu 500 Westmark für informativ tätige Senatsangestellte geboten.

Bereits Ende April hatte das im Ostberliner Magistrat bestehende „Büro für Gesamtberliner Fragen“ Verbindungsleute in fast allen Westberliner Bezirksämtern. Dem SSD als Zubringerstellen dienende Ostberliner Redaktionen, wie die der Ost-„Berliner Zeitung“ und der „BZ am Abend“, veröffentlichten seit Jahresbeginn laufend Miniatur-Skandale und kleine Interna aus Westberliner Senatskreisen.

Noch in der gleichen Nacht um 1 Uhr klingelte die Kripo an der Wilmsdorfer Privatwohnung des ehemaligen Berliner Senators für Bundesangelegenheiten, Dr. Günther Klein, eines Sozialdemokraten. Dora Menzel hatte im Verhör ausgesagt, bei Klein seien noch weitere Akten; denn zu Dr. Kleins aktiven Senatorenzeiten war Dora Menzel seine Sekretärin gewesen.

Dr. Klein öffnete im Bademantel. Er war gerade aus dem Urlaub zurückgekommen. Mittels einer korrekten Haussuchung fanden die Beamten in der Privatwohnung, was sie suchten: 25 Ordner, 10 Schnellhefter und eine verschlossene Aktentasche gingen hinunter in das Polizeiauto. Viele Vorgänge hatten auch hier den Aufdruck „Geheim“.

Am folgenden Morgen machte Dr. Klein (mit seinem Parteifreund Otto Theuner, dem Senatsdirektor für Finanzen) Besuch bei Kripochef Sangmeister. Er erklärte das Aktenlager in seiner Wohnung einfach: Die Menzel habe er als bewährte Vertrauensperson gebeten, während seines Urlaubs nach seiner Wohnung zu sehen. Während seiner Abwesenheit habe Fräulein Menzel nun aber von ihrer Dienststelle die Weisung erhalten, die Akten ihrer Senatsabteilung zu ordnen.

Sie habe dies während ihres Urlaubs, den sie in Berlin und größtenteils in der hübschen Wohnung des abwesenden Dr. Klein verbrachte, getan. Dorthin habe sie auch die Akten mitgenommen. Als sie Nachricht erhalten habe, daß Klein zurückkomme, habe sie zunächst einen Koffer voll Akten gepackt und sei damit nach

** Die Anschaffung eines alten zweisitzigen Wagens war Dora Menzel im August 1954 möglich, weil sie gemeinsam mit zwei Schwestern in einem Haushalt lebt und dadurch viel Geld spart.

Hause gefahren, ohne ihn mit in die Wohnung zu nehmen. In der Nacht müsse der Koffer dann aus dem Auto gestohlen worden sein.

Dem Landeskriminalamt Berlin genügte diese Version nicht. Ein Fernschreiben ging an das Bundeskriminalamt. Darin wurde um sofortige Amtshilfe gebeten.

Um 17 Uhr — während sich die Abgeordneten des Bundestags in der Verfassungsschutz-Debatte heißreden — öffnet Beamte der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamts gewaltsam die Tür der Bonner Wohnung Dr. Kleins. (Klein ist seit seinem Ausscheiden aus dem Berliner Senat für die Deutsche Siedlungsbank in Bonn tätig.) Sie durchsuchen die Wohnung in Abwesenheit des Inhabers, beschlagnahmen Privatpapiere und Akten und setzen ein neues Türschloß ein. Durch einen Zettel an der Tür fordern sie Dr.



Geheimpapiere in der Wohnung
SPD-Senator a. D. Klein

Klein auf, sich zu dem neuen Schloß passende Schlüssel bei der Polizei abzuholen.

Dora Menzel ist wegen Verdunkelungsgefahr inzwischen in Haft genommen worden. Als Klein wenige Stunden später in Bonn eintrifft, findet er das ominöse Schild und das neue Schloß an der Tür. Er beschwert sich bei seinen Berliner Parteifreunden Franz Neumann und Willy Brandt, die MdB's sind, weil man nicht auf seine in Berlin bekanntgegebene Ankunft in Bonn gewartet habe.

Franz Neumann benutzte die Gelegenheit, um die John-Wittmack-Debatte an ihrem zweiten Tag mit der Schilderung des Falles Klein als eines Beispiels für den Übermut der Polizei anzureichern. Er komplettierte seine Sachdarstellung mit einem Hieb auf die Berliner CDU, sie habe mit solcher Bosheit den Wahlkampf um das Berliner Abgeordnetenhaus einleiten wollen. (Berlin wählt am 5. Dezember.) Die Aktion gegen Dr. Günther Klein sei von Leuten in der Umgebung des Regierenden (CDU-)Bürgermeisters von Berlin, des Reuter-Nachfolgers Dr. Schreiber, an-

geordnet worden, die in der national-sozialistischen Zeit eine Rolle gespielt hätten. Damit meinte Neumann den (noch von Ernst Reuter bestellten) Dr. Walter Klein (CDU), der nach siebenjähriger Haft in der Sowjetzone den Posten eines Senatsdirektors für das Protokoll und das Auslandsamt des Senats erhalten hatte*.

Es stellte sich bald heraus, daß sich Franz Neumann mit seiner Version Klein kontra Klein ein gutes Stück vergaloppiert hatte. CDU-Klein hatte mit der Affäre nichts zu tun. Die Affäre um SPD-Klein war offenbar eine Folge der Nervosität, die durch den Sicherheitswirbel um das Bundesverfassungsschutzamt und den Überläufer Schmidt-Wittmack bei einschlägigen Dienststellen geboren worden war.

Die Registratur des Senats von Berlin hat seltsamerweise keinerlei Anhaltspunkte über die von der Staatsanwaltschaft einbehaltenen Akten aus dem Busch im Böckler-Park. Über den Akteninhalt ist bisher nur soviel bekannt, daß sich darunter auch Schriftwechsel zwischen Ernst Reuter und Konrad Adenauer über hochpolitische Themen und Besetzungskomplexe befände.

Senator a. D. Klein könnte die Akten nach Ansicht seiner Kritiker aus zwei Gründen an sich gezogen haben, falls die Version, die Sekretärin habe sie nur zum Ordnen in seine Wohnung gebracht, überholt werden sollte:

- Klein sei der Überzeugung, nach den Senats-Neuwahlen im Dezember wieder die Bonner Vertretung Berlins zu übernehmen, und habe sich dafür auf dem laufenden halten und schon vorher seinem Amtsnachfolger, dem überlasteten CDU-Senator Friedrich Haas — der außerdem noch Finanzsenator ist —, behilflich sein wollen.
- Klein habe eigenmächtig Akteneinsicht zugunsten seiner Partei oder für die in Arbeit befindliche Ernst-Reuter-Biographie nehmen wollen. (Mitarbeiter an dieser Biographie sind außer Klein noch Willy Brandt, MdB, und der Mitarbeiter des Londoner „Observer“, Dr. Richard Loewenthal, ein altes SPD-Mitglied.)

Senator a. D. Dr. Günther Klein hat den Rechtsanwalt Dr. Curt Bley mit seiner Rechtsvertretung beauftragt. Bley hat in allen Fällen über Nachrede scharfe Gegenschritte angekündigt.

Dieser Warnung hätte es allerdings kaum bedurft, denn Dr. Günther Klein hat in Berlin kaum einen ernsthaften Feind. Auch die CDU bescheinigt, daß der ehemalige Landrat und wohlhabende Versicherungsmann zu den besten Verwaltungsspezialisten der SPD gehört, auf deren rechtem Flügel er sich in der Nähe des Bremer Senatspräsidenten Kaisen bewegt. Kleins Verdienste als Bonner Vertreter Berlins unter Reuter bis zum November vorigen Jahres sind ebenso unbestritten.

Selbst Berlins Capitols-Wächter für alt-preußische Verwaltungsstrenge, Dr. Ferdinand Friedensburg, CDU-MdB, stellt dem Dr. Günther Klein ein solches Zeugnis aus und weiß von einem engen Vertrauensverhältnis zwischen Klein und dessen CDU-Amtsnachfolger Dr. Friedrich Haas. Ebenso wie die Mehrzahl der amtierenden Berliner Senatoren empfindet es Friedensburg nicht als ungewöhnlich, daß Dr. Klein noch Dienstakten des Senats in seiner Wohnung habe, wenn diese auch

* Walter Klein war von 1934 bis 1945 Generalsekretär der „Nordischen Verbindungsstelle“, einer zwischenstaatlichen Organisation des Reichspropagandaministeriums, und Pg.



Susanne Erichsen trägt eine kostbare Stola aus Emba-Royal-Pastel-Nerzen. Diese Nerze, gezeigt in der Pelz-kollektion von Hanns Bisegger, stellen eine überraschende neue Züchtung dar, die besticht durch den schimmernden Zauber ihrer zarten Pastellfarben. Scharf funkelnde dunkelblonde Oberhaare liegen über einem dichten, hellen, goldglänzenden Grundfell. Auch der Schnitt dieses Bisegger-Modells ist interessant: der verbreiterte Rücken mit den cape-artigen Ärmeln verbindet die Jackenform mit der des Shawls und verleiht der Stola die unzähligen Anwendungsmöglichkeiten beider Formen.

Foto: Hubs Flöter

Modell: Hanns Bisegger, Berlin-Düsseldorf-Frankfurt/M.
Zentrale: Bielefeld, Brandenburger Straße 19

ein halbes Jahr über sein Amtsausscheiden bis in den Sommer 1954 hinein reichen.

Dr. Klein hat die Handakten, die in seiner Bonner und seiner Berliner Wohnung beschlagnahmt worden waren, wieder zurückbekommen. Nur die Senatsakten aus der Berliner Wohnung wurden einbehalten.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat in dieser Woche eine Debatte zum Fall Klein auf dem Programm. Die Berliner Lokal-Matadoren und Fraktionsvorsitzenden der SPD und CDU, Franz Neumann und Ernst Lemmer, wollen sich in Sachen Klein gegenseitig auf die Hörner nehmen.

Aber der SPD kann es bei aller Bonner Forscheit Neumanns kaum nützen, wenn sie es angesichts des Berliner Wahlkampfes soweit kommen läßt, daß an ihrem Mitglied Günther Klein der Vorwurf formaler Unkorrektheit hängenbleibt.

Der CDU andererseits wird es aber auch versagt bleiben, diese Aktenaffäre für sich auszuschlachten. Denn dann müßte bei einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Dora Menzel der für sie verantwortliche Finanzsenator Haas (CDU) wegen mangelnder Dienstaufsicht über seine Geheimakten auch an Gesicht verlieren.

Die alte Erfahrung, daß die acht Jahre lang in einer Koalition zusammengewachsenen drei Berliner Parteien CDU, FDP und SPD sich gegenseitig kein Auge aushacken, dürfte darum auch in diesem Fall wieder bestätigt werden.

FUSSGESUNDHEITS-WOCHE

Schweiß der Edlen

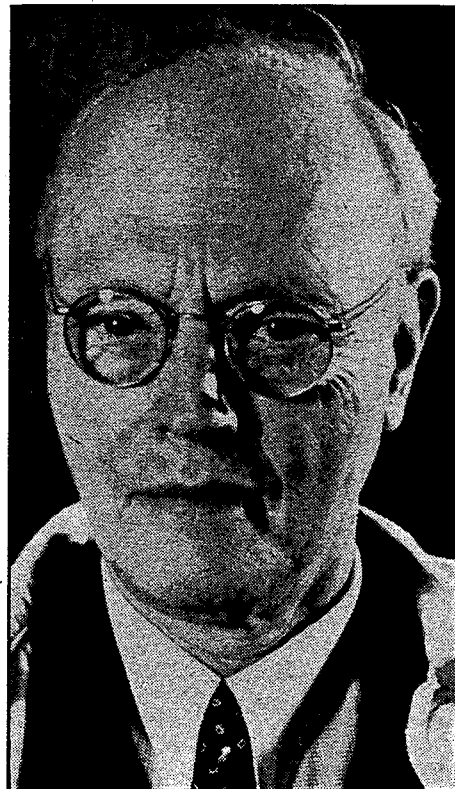
Die Bürger der Bundesrepublik und Westberlins durchleben zur Zeit besondere Tage: die Deutsche Fußgesundheitswoche 1954. Daß die Bürger sich mangels ausreichender Propaganda nicht durchweg dieser Tatsache bewußt sein könnten, gehört zu den Sorgen, von denen der Münchner Orthopädie-Professor Dr. med. Dr. h. c. Georg Hohmann, 74, und der Werbefachmann Alfred Klotz gequält werden.

Immerhin 120 Orthopäden halten in dieser Woche in über 70 Städten des Bundesgebietes fußgesundheitsliche Vorträge, und in den Schaufenstern vieler Schuhhändler, -macher und Fußpfleger sind Plakate der „Gesellschaft zur Förderung der Fußgesundheit e. V.“ ausgehängt. Der greise Fußarzt Hohmann und der Werbeberater Alfred Klotz haben diese Gesellschaft 1950 zusammen mit interessierten Branchen gegründet*.

Nun ist es den Schweiß der Edelsten wert, die Füße der Bevölkerung zu pflegen; denn nach Professor Hohmann, der Direktor der Orthopädischen Universitäts-Poliklinik und Orthopädischen Klinik München ist und überdies noch dem Bundesgesundheitsrat** angehört, sind 80 Pro-

zent aller Erwachsenen fußkrank. Aber es hat sich gezeigt, daß Fußgesundheitswochen mit Broschüren und Vorträgen, die vornehmlich von der interessierten Schuhbranche finanziert werden sollen, nicht der ideale Weg zum gesunden Fuß sind.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die „Gesellschaft zur Förderung der Fußgesundheit e. V.“ bei ihren Bemühungen



Mit Klotz um den Fuß verdient
Zwischen Leder und Gummi: Hohmann

auf milde Spenden ihrer Mitglieder angewiesen ist. Was für Schwierigkeiten sich aber in den Weg stellen, wenn es zwischen den Interessen der Spender und den Ansichten der Orthopäden hindurchzusteuern gilt, das hat Werbefachmann Alfred Klotz in den letzten Monaten ausgiebig erfahren.

Da hatte am 10. Februar 1954 der „Werberat des Verbandes der deutschen Lederindustrie“ von dem „Wissenschaftlichen Beirat“ der Klotzschen Fußgesellschaft — bestehend aus Professor Hohmann, dem Landesgewerbeamt für Bayern, Dr. Lederer, und sechs Fachärzten für Orthopädie — ein Gutachten über die gesundheitsfördernde Wirkung des Leders erbeten. Im Begleitbrief schrieben die Lederwerber:

Unsere weitere Mitarbeit in der Gesellschaft zur Förderung der Fußgesundheit wird wesentlich davon abhängen, wie weit der Wissenschaftliche Beirat bereit sein wird, uns in den angeschnittenen ärztlichen Fragen zu unterstützen und Antwort zu geben.

Fußförderer Klotz: „Da die Durchsicht des Manuskriptes ergab, daß die Fragen nicht so sehr auf Antworten abzielten, welche Klarheit über die fußgesundheitsliche Bedeutung des Leders schaffen, sondern welche die fußschädliche Bedeutung des Gummis beweisen sollten, meldeten wir beim Leder-Werberat sofort unsere Bedenken an und wiesen darauf hin, daß unser Wissenschaftlicher Beirat möglicherweise die gesamte Konzeption der Fragen dahingehend auslegen könne, als wolle

man ihn als werblichen Vorspann für die Lederindustrie kontra Gummiindustrie mißbrauchen.“

Der „Wissenschaftliche Beirat“ fand den eleganten Ausweg, das von den Leder-Werbern erbetene Gutachten „aus dem formalen Grund der Unzuständigkeit“ nicht zu erstatten. Fuß-Klotz suchte zu retten, was zu retten war, und schrieb an die Leder-Werber: „Wenn während der Fußgesundheitswoche das fußrichtige Schuhwerk propagiert und die Bevölkerung zu häufigerem Schuhkauf und öfterem Schuhwechsel aufgefordert wird, dann würde sich dies auch wirtschaftlich günstig für die Lederindustrie auswirken.“

Aber unter dem 24. April mußte Klotz den Mitgliedern der Fußgesellschaft mitteilen, daß wegen der Gutachtenfrage „der Leder-Werberat lediglich 2000 DM spendete und es nunmehr ablehnt, den Restbetrag in Höhe von 3000 DM zu zahlen, wie er darüber hinaus erklärt hat, auch weitere in Aussicht gestellte 5000 DM nicht mehr entrichten zu wollen.“

Indes, einen Trost hatte Fuß-Klotz auch bereit: „Wir glauben, es dem Wirtschaftsverband der deutschen Kautschuk-Industrie schuldig zu sein, hier unseren besten Dank dafür auszusprechen, daß er außer der von ihm zugesagten Spende, ohne eine irgendwie geartete Bedingung zu stellen, für den ... (von den Leder-Leuten) stornierten Betrag von 3000 DM aufkommt.“

Aber nicht nur die Lederindustrie enttäuschte. Auch die Mutmaßung, daß der „Fachverband Holzwaren für Schuhbedarf“ wiederum den gleichen Betrag wie im Vorjahre, nämlich 1500 Mark, spenden würde, traf nicht zu. Der Verband stiftete vielmehr nur 750 Mark.

Es nahm sich recht beziehungsweise aus, als zwei Tage, nachdem der „Werberat der deutschen Lederindustrie“ seine Spenden gekündigt hatte, auch noch der Verband deutscher Schuhgroßhändler schrieb, er sei „bei aller Anerkennung der gemeinnützigen Arbeit und Ziele der Gesellschaft zur Förderung der Fußgesundheit“ leider nicht in der Lage, die Gesellschaft durch finanzielle Beiträge zu unterstützen. (1953 hatte er 1000 Mark beigesteuert.)

Die allgemeine Lage des Schuhgroßhandels erfordere höchste Sparsamkeit auf allen Gebieten und Einschränkungen aller nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben. (Zu diesem Punkt erbittert sich Klotz: „Aber in Pirmasens hat die Lederindustrie für ihre Vertreter ein Hotel für 2,5 Millionen Mark hingeknallt.“) Der Schuhgroßhändlerverband kündigte seine Mitgliedschaft in der Fußgesundheits-Gesellschaft, und Schuh-Vorsitzer Nicolaus Schüller legte seinen Sitz im Präsidium der Gesellschaft nieder.

Während also jene, die an dem Projekt Fußgesundheitswoche auch geschäftlich interessiert sein mußten, ihre Erwartungen offenbar nicht erfüllt sahen, kamen auch von der entgegengesetzten, nicht-kommerziellen Seite Schwierigkeiten.

Der Berufsverband der Fachärzte für Orthopädie entschloß sich in seiner Jahresversammlung, sich an der Fußgesundheitswoche 1954 nicht offiziell zu beteiligen und auch keine Vertretung in den „Wissenschaftlichen Beirat“ der Fußgesundheits-Gesellschaft zu entsenden, solange die Spender der Fußgesundheits-Gesellschaft Berufskreisen angehörten, welche an der Fußbetreuung verdienen, und solange die Fuß-Aufklärungsbroschüren über Geschäftsbetriebe verteilt werden.

* Folgende Verbände sind im Präsidium der Gesellschaft: Verband der Deutschen Schuhindustrie, Bundesverband des Deutschen Schuhhandelshandels, Verband deutscher Schuhgroßhändler, Verband der Orthopädie-Schuhmachermeister e. V., Bundesverband des deutschen Schuhmacher-Handwerks, Verband der Deutschen Feinmechanischen und Optischen Industrie e. V., Untergruppe Fußstützen, Fachverband Holzwaren für Schuhbedarf, Verband der deutschen Lederindustrie (Werberat), Bundesverband deutscher Lederhändler, Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e. V., Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Fußpflege und Fußspezialisten.

** Der Bundesgesundheitsrat ist ein 80köpfiges Gremium, dessen Errichtung die Bundesregierung am 12. September 1950 beschlossen hatte, der sich aber erst am 27. April 1953 konstituierte. Der Rat soll durch Forschung und Beratung dem Bundesgesundheitsamt und der Gesundheitsabteilung des Bundesinnenministeriums zur Seite stehen. In ihm sitzen medizinische Sachverständige, Vertreter der Heilberufe, der Bundesländer und Repräsentanten verschiedener Verbände und Organisationen.